

Hallo, liebe Vereinsmitglieder.

Zum Jahresende 2005 möchte ich Ihnen einen Überblick über die Ereignisse in Sachen 'Kammerzwang' geben. Sie haben in diesem Jahr, völlig unüblich, aber **'...aus den gegebenen Anlässen'**, recht wenig von Ihrem Verband 'zu lesen' bekommen. Einige Aktionen haben wir mit Ihnen per E-Mail durchgeführt, aber die gewohnten Folgen des **Kammerjägers** werden Sie vielleicht vermisst haben.

In der Dezember-Ausgabe 2004 hatte ich angedeutet, dass das Jahr 2005 ein ganz wichtiges Jahr werden würde, weil wir Aktionen beschlossen hatten, für die wir in diesem Jahr nicht nur erhebliche Mittel unseres Verbandes einsetzen, sondern auch **die entscheidende Beschleunigung zur Beendigung des Kammerzwangs** geben wollten. Zum besseren Verständnis eine kurze Replik.

Wir hatten bereits im Frühjahr 2004 ...

... unsere politischen Kontakte, insbesondere die zum BT-Abgeordneten Kahrs (SPD), intensiviert. Auf mehrfaches Nachfragen und Drängen bekamen wir dann, im Spätsommer 2004 von Johannes Kahrs einen Gesetzentwurf, der allerdings völlig unzureichend war. Das hat nicht nur Dr. Kleine-Cosack bestätigt, sondern auch andere Juristen, denen Kahrs diesen Entwurf zur Stellungnahme gab.

Es handelte sich allerdings **nicht** um einen Entwurf der - so die üblichen Gepflogenheiten - vom 'Wissenschaftlichen Dienst' des Bundestages verfasst wurde. Dieser Dienstes kann nämlich nur tätig werden, wenn eine Fraktion, oder ein Ministerium - nicht aber einzelne Abgeordnete - diesen Dienst beauftragen. Genau dies hatten der (seinerzeitige) Wirtschaftsminister Clement und ex-Kanzler Schröder allerdings ausdrücklich verhindert.

Die politischen Macht- und...

... Stimmenverhältnisse waren zu diesem Zeitpunkt so, dass von den 603 Bundestagsabgeordneten des 15. Deutschen Bundestages, etwa 50 bis 60 Abgeordnete erklärtermaßen gegen eine Abschaffung des Kammerzwangs waren, wobei es eine 'Dunkelziffer' von etwa 30 bis 40 Abgeordneten in diesem Lager gab.

Eine mehr als doppelt so große Anzahl **erklärte offen** der Abschaffung zustimmen zu wollen. Mehr als ein Dutzend Abgeordnete aller Fraktionen waren zwar bereit für eine Abschaffung zu stimmen, wollten aber ihre Meinung **nicht öffentlich** kund tun. Ein beredtes Zeichen für den Zustand in unseren Parlamenten und unserer Demokratie. Die meisten Abgeordneten warteten allerdings darauf, dass seitens ihrer Parteiführungen eine Vorgabe erfolgt, oder Sie versteckten sich hinter den 'Allgemein-Floskel' ihrer Parteizentralen.

Damit war eigentlich klar, dass der Schwerpunkt 'unserer' Aktivitäten darauf gerichtet war, die fehlenden Stimmen für einen Gesetzentwurf zusammen zu bekommen. Vom reinen Zahlenverhältnis im ersten Moment scheinbar **eine schwierige** und **auch eine zeitintensive Aufgabe**.

Der Schlüssel zum Erfolg lag und liegt allerdings darin, dass es weitgehend darauf ankam - und jetzt erneut darauf ankommen wird - die 'Meinungsführer' in den verschiedenen Fraktionen und insbesondere im Wirtschaftsausschuss, in unserem Sinne zu beeinflussen.

Unter diesen Überlegungen haben...

... wir seinerzeit den in Frage kommenden Abgeordnetenkreis ausgewählt und Sie, meine Damen und Herren, liebe Vereinsmitglieder, um Mithilfe bei dieser 'Meinungsbildung' gebeten. Sie werden sich sicher an unsere verschiedenen Aufrufe zur Mitarbeit erinnern.

Aufgrund dieser Sachlage haben wir Herrn Kahrs dann im Herbst angeboten, uns an der Finanzierung eines '...ordentlichen und vorzeigbaren' Gesetzentwurf finanziell zu beteiligen. Bedingung war allerdings, dass wir uns nur zur Hälfte beteiligen und Kahrs sich um den Rest der Finanzierung kümmert.

Kahrs sagte zu und daraufhin fand im November 2004 ein Gespräch in seinem Berliner Büro, zusammen mit dem vorgesehenen Autor - RA Dr. Kleine-Cosack - statt. Kahrs hatte auch den bekannten Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Arndt angesprochen, sein Angebot aber letztendlich aus Kostengründen verworfen. Aufgrund unserer guten und engen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Verbänden, gelang es uns zusätzliche Mittel einzuwerben. In diesem Fall vom Verband der GmbH-Geschäftsführer. So konnten wir für uns eine Kostenminderung erreichen.

Auch eine namhafte Spende eines unserer Mitglieder möchte ich hier ausdrücklich erwähnen.

Der Gesetzentwurf wurde dann ...

... im Januar ds. Jahres in der Erstfassung fertig, aufgrund von Korrekturwünschen von Kahrs und Einwänden von unserer Seite, noch weiter modifiziert.

Aus rechtlichen Gründen gibt es aber **drei** Gesetzentwürfe. Der erste Gesetzentwurf ist sehr einfach und hat lediglich die Beendigung des derzeit geltenden IHK-Gesetzes zum Gegenstand. Der zweite Gesetzentwurf befasst sich mit der Gründung von 'Kammervereinen privaten Rechts'.

Beide Gesetze sind **nicht zustimmungspflichtig** und können mit einfacher Mehrheit vom Bundestag verabschiedet werden. **Das war der Sinn der Aufteilung.**

Der dritte Gesetzentwurf regelt die **Rechte der Bundesländer und dient der Beantwortung aller Fragen** nach dem **'...wie soll es den sonst gehen?'** - ohne Zwang.

Die 'Arbeit am Bewusstsein der Abgeordneten' verlief positiv; das Ende des Kammerzwangs schien nahe.

Das **Jahr 2005** war als Termin für die Einbringung und Verabschiedung vorgesehen, notwendige Übergangsfristen definiert etc. Da aber das geplante Datum für die Einbringung verstrichen war und nun dicht an dem Landtagswahltermin in NRW lag, beschlossen wir diese Papiere erst nach der NRW-Wahl öffentlich zu publizieren.

Es tobte bereits ein intensiv geführter Wahlkampf.



Könnern brauchen keine Kammern - jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger

Informationen für IHK- Verweigerer

Ausgabe: Dezember 2005

Kammerzwang und Politik

Wir haben das Thema 'Kammerzwang' in alle Landtagswahlkämpfe gebracht. Bei der Landtagswahl in **Schleswig-Holstein** im Frühjahr und der Landtagswahl im Mai 2005 in **Nordrhein-Westfalen**. Und bei der Bundestagswahl vor wenigen Monaten. Wir haben mit unseren Wahlprüfsteinen erfolgreich auf das Problembewusstsein der Kandidatinnen und Kandidaten eingewirkt.

Wir erkennen konkrete Fortschritte auf Politikerseite.

Wären alle Kandidatinnen und Kandidaten, die den Zwang erklärtermaßen ablehnen, in die jeweiligen Parlamente eingezogen, hätten wir nahezu 100%tige Aussichten, den Kammerzwang sofort zu beenden.

Bei der Bundestagswahl 2005 ...

...vermieden bekanntlich alle Parteien konkrete Aussagen für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung. Großes Aufsehen erregte dagegen ein Beschluss beim Dreikönigs-Treffen der FDP in Baden-Württemberg, der mit dem Wortlaut:

"Der schnellste und beste Weg zur Reform der Kammern führt über die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften"

den - angeblich - 'liberalen' Kammerlobbyisten schwer zu schaffen machte. Der Widerstand, gegen die schon extrem 'kammerverbundene' Parteispitze, erreichte zum **Bundesparteitag 2005** - Anfang Mai in Köln - seinen bisherigen Höhepunkt. Dort kam es beinahe zu Handgreiflichkeiten zwischen dem Zwangsbefürworter Westerwelle und dem Antragsteller, den der FDP-Vorsitzenden daran hinderte, den an **TOP 2** der Tagesordnung gesetzten **Antrag zur 'Abschaffung des Kammerzwangs'** zu begründen. Also wurde - wieder einmal - eine Kommission eingesetzt. Über diese und Details ihrer Arbeit, werde ich noch berichten.

Als geradezu sensationell können wir einen 'Versuch' bezeichnen, den der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein - Dietrich Austermann (CDU) - bereits kurz nach seinem Amtsantritt gemacht hatte. Er schlug nämlich vor, die drei Handelskammern, sowie die beiden Handwerkskammern von Schleswig-Holstein, per Gesetz zu einer Wirtschaftskammer zu fusionieren.

Das Geschrei der Kammern können Sie sich vorstellen.

Und diesem Geschrei 'opferte' Minister Austermann sein überaus lobenswertes Vorhaben. Die IHKn haben kürzlich die Gründung der 'Wirtschaftskammer Schleswig-Holstein' verkündet. Allerdings nur als **zusätzliche** Organisation, die die bisherige 'Kammervereinigung' ablösen soll.

Also: lediglich neuer Wein in alten Schläuchen.

Kammerjäger in die Vollversammlungen!

Ein Teil der 'Ehrenamtlichen', die für ihr Engagement auch von den Kammern öffentlich hochgelobt werden, besteht inzwischen aus *Kammerjägern*. Dieser Teil wächst und die Veränderungen, die seit unserem erstmaligen Auftreten als IHK-Verweigerer, erzwungen wurden, sind nur durch ihre massiven Einflussnahmen erreicht worden.

Es sind mehr Zwangsmitglieder beitragsfrei als 1990.

Und es gibt einen fast schon sensationellen Lichtblick aus der Karlsruher IHK. Dort hat es (beinahe) eine 'feindliche Übernahme' durch Kammerkritiker gegeben.

Aber: nur fast. Es fehlte eine Stimme an der Mehrheit.

Mitglied bei 'uns' sein bedeutet ...

... **auch - mitmachen!** Das gilt nicht nur für 'die Aktiven' unseres Verbandes in den Regionen, den Vollversammlungen und den Vorstand. Auch 'wir' haben eigentlich '...keine Zeit'; sind keine bezahlten Angestellten des Verbandes.

So schwer es jedem von Ihnen auch fallen mag, die Realität ist aber, dass die Abschaffung des Kammerzwangs eine politische Entscheidung voraussetzt.

Alle anderen Wege sind letztendlich 'nur' Mittel zum Zweck, diese politische Entscheidung herbeizuführen und dann auch unumkehrbar zu machen.

Ob es sich dabei um juristische Verfahren vor deutschen Gerichten, oder vor dem EuGH handelt: ein Obsiegen vor Gericht bedeutet nicht automatisch das Ende des Kammerzwangs, sondern lediglich den Auftrag an die Politik, den Zwang durch Gesetzgebung abzustellen.

Es ist im Sinne unserer Sache wirklich ganz wichtig, dass wir - dass Sie - mit unseren 'Widersachern' ins Gespräch kommen um sie von unserer Position zu überzeugen.

Die meisten der Abgeordneten haben sich noch nie mit 'Kammerzwang' beschäftigt. Es sei denn sie sind selbst betroffen.

Sie sind von uns mehrfach angeschrieben worden mit der dringenden Aufforderung und Bitte, die Meinungsbildung bei Politiker/Innen in Ihrem Wohnumfeld zu intensivieren.

Das sind ganz wichtige Prozesse, die Sie mitgestalten können, sollten und eigentlich auch müssten.

Es ist wesentlich einfacher, als Sie vielleicht meinen, kompetenter zu sein, als 'Ihre' Abgeordneten.

Allerdings schaden Gespräche ohne solides Hintergrundwissen der Sache mehr, als sie nutzen.

Wir stellen Ihnen dafür äußerst umfangreiches Material zur Verfügung und bitten Sie dringend, sich wirklich mit diesen Fakten vertraut zu machen, damit Sie bei Ihren Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern kompetente Partner sind.

Diese Prozesse politischer Überzeugungsarbeit werden im kommenden Jahr mit allen Mitteln und allem Elan fortgesetzt und intensiviert werden. Die 'neuen' Abgeordneten müssen überzeugt und die schon kammerkritischen in ihrer Überzeugung bestärkt werden.

Dafür benötigen wir Ihre Mitarbeit auch in 2006.

Impressum:

Herausgeber: IHK-Verweigerer e.V. Dortmund
E-mail: IHK-Verweigerer_e.V.@t-online.de
Readaktion: Axel Pestel / V.i.S.d.P.
E-mail: AxelPestel@compuserve.de
Nachdruck oder Vervielfältigung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe.
Nicht- IHK-Verweigererinitiativen, werden um Übersendung eines Belegexemplares gebeten. Text & Design ©'98/2005 by Axel Pestel /IHK-Verweigerer e.V.